



# Mediendienst

20. September 2023

Industriegewerkschaft  
Bauen-Agrar-Umwelt  
Bundesvorstand – Pressestelle  
Olof-Palme-Straße 19  
60439 Frankfurt am Main

Verantwortlich:  
**Frank Tekkilic**

Telefon 069 95737-135  
Mobil 0151 1755 3706

[frank.tekkilic@igbau.de](mailto:frank.tekkilic@igbau.de)  
[presse@igbau.de](mailto:presse@igbau.de)  
[www.igbau.de](http://www.igbau.de)

IG BAU-Chef Robert Feiger zum Vonovia-Bau-Stopp für 60.000 Wohnungen

## **Vonovia verschärft Baukrise – Bund muss jetzt einsteigen und den Kurs mitbestimmen**

**Zum angekündigten Neubau-Stopp von Vonovia erklärt der Bundesvorsitzende der Industriergewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, IG BAU-Chef Robert Feiger:**

Fünf Tage vor dem Wohnungsbau-Gipfel im Kanzleramt lässt Vonovia die Katze aus dem Sack: Bei Deutschlands größtem Wohnungskonzern sollen die Pläne für 60.000 Wohnungen in der Schublade liegen – aber nicht gebaut werden.

60.000 Wohnungen: Das entspricht immerhin dem kompletten Wohnungsbestand von Bottrop oder Remscheid – und einem Fünftel der bundesweiten Neubauleistung des vergangenen Jahres.

Baut Vonovia nicht, ist das ein Paukenschlag für Deutschland – und eine Verschärfung der Bau-Krise. Das weiß Vonovia-Chef Rolf Buch. Damit kalkuliert er. Vonovia macht der Nation gerade deutlich, welchen Einfluss der Konzern auf dem Wohnungsmarkt hat. Vonovia will, dass sich das Bauen „wieder rechnet und lohnt“. Im Klartext: Der Konzern will den Neubau solange auf Eis legen, bis deutlich mehr Fördergelder fließen und sich Mieten munter weiter nach oben schrauben lassen. Nicht umsonst erteilt Buch dem politischen Vorhaben eines Mieten-Stopps eine klare Absage.

Ein Unter-Druck-Setzen durch Vonovia dürfen sich aber weder Politik noch Bauwirtschaft gefallen lassen. Es wird höchste Zeit, dass der Bund bei Vonovia einsteigt. Er muss einen Anteil von 25 Prozent plus eine Aktie erwerben – also die geringste und damit günstigste Sperrminorität in der Hauptversammlung und einen entsprechend effektiven Einfluss im Aufsichtsrat. Der Staat würde damit Einfluss auf die langfristige Strategie bei Vonovia bekommen – also auch auf den Neubau, die Modernisierungen und die Mietpreisentwicklung. Außerdem wäre dies ein starkes Signal: Der Staat würde damit deutlich machen, dass er sich – nach vielen Privatisierungen – auf dem Wohnungsmarkt wieder einmischt.

Der Appell der IG BAU an alle Akteure der Wohnungswirtschaft und der Politik ist klar: Auch und vor allem in der Krise muss gebaut werden. Jeder Neubau und jede Sanierung, die gestoppt wird, bedeutet eine Gefahr für Arbeitsplätze auf den Baustellen und in der Baustoffherstellung. Aber Kurzarbeit oder sogar Entlassungen dürfen wir uns nicht erlauben: Deutschland hat ein Rekord-Wohnungsdefizit. Schon deshalb wird jeder Bauarbeiter gebraucht. Wenn der Staat es jetzt zulässt, dass der Wohnungsbau in die Knie geht, dann riskiert er, dass Baukapazitäten abgebaut werden.

Die IG BAU warnt: Wir dürfen keinen Bauarbeiter nach Hause schicken. Ansonsten erlebt der Bau den „Gastro-Effekt“: Wer einmal geht, der ist weg. Die Gastronomie hat die Beschäftigten, die sie in der Pandemie nach Hause geschickt hat, nicht wieder zurückbekommen. Letztlich sind Bauarbeiter die Garanten für mehr Wohnungsbau. Nur mit ihnen hat der Staat überhaupt die Chance, die Wohnungskrise in den Griff zu bekommen.

Vonovia provoziert mit seinem „Bau-Stopp“ ein Anwachsen des Bauüberhangs. Schon jetzt gibt es rund 900.000 Wohnungen, die zwar genehmigt, aber noch nicht fertig gebaut sind. Darin kann im Moment also keiner wohnen.

40 Prozent davon stehen nur auf dem Papier – sind also nur geplant. Werden sie jetzt – wie von Vonovia angekündigt – auf Eis gelegt, drohen die Bauprojekte zu sterben. Denn wird innerhalb von zwei Jahren nicht gebaut, dann erlöschen die Baugenehmigungen.

Um das zu verhindern, brauchen wir für alle sozial orientierten Akteure der Wohnungswirtschaft – also für die kommunalen, genossenschaftlichen und kirchlichen Wohnungsunternehmen – ein Sonderprogramm zur „Wohnungsbau-Soforthilfe“ für einen Switch von geplanten Projekten hin zu sozialen und bezahlbaren Wohnungen: ein Förderpaket mit Zuschüssen und günstigen Krediten. Auch Umplanungen muss der Staat dabei unterstützen.

Wichtig sind außerdem deutliche Abstriche bei Gesetzen, Vorschriften und Normen, um das Bauen günstiger zu machen. Es kommt jetzt darauf an, alle Wohnungen, die geplant sind und die jetzt auf der Kippe stehen, doch noch an den Markt zu bringen – und zwar mit bezahlbaren Mieten und als Sozialwohnungen.

Ja, es muss etwas passieren. Denn die Probleme, die Vonovia hat, haben andere Wohnungsunternehmen auch. Sie gehen damit nur verantwortungsvoller um.